

# Zürich

## Sorgen um die Rente

Reicht mir die AHV zum Leben? Das fragen sich viele 50-Jährige – und auch Schweizer, die erst in 40 Jahren pensioniert werden. **SEITE 19**

## Nicht auf USA setzen

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sagt, Europa müsse sich selbst verteidigen können. Auf die USA sei kein Verlass mehr. **SEITE 20**



# Angst vor «Bürokratiemonster»

**KANTONS RAT** Arbeitgeber sollen den Angestellten, die es wünschen, die Steuern direkt vom Lohn abziehen und dem Steueramt zuleiten: Was die SP wünscht, findet die Parlamentsmehrheit keine gute Idee.

Für die Betriebsbeamteten ist dies Alltag: Wenn die definitive Steuerrechnung ins Haus flattert, fehlt vielen Leuten das Geld, sie zu bezahlen. Rund 70 000 Betriebsbeamteten werden deshalb jedes Jahr im Kanton Zürich eingeleitet. Unter den Schuldner finden sich viele Jugendliche.

Um es nicht so weit kommen zu lassen, schlägt SP-Kantonsrat Stefan Feldmann (Uster) einen freiwilligen Direktabzug vor: Arbeitgeber sollen den Angestellten, die es wünschen, die massenhaft anfallenden Steuern direkt vom Lohn abziehen und den Steuerämtern zuleiten.

Im September 2016 hatte das Parlament Feldmanns parlamentarische Initiative (PI) noch mit 74 Stimmen vorläufig unterstützt. Gestern kamen nur noch 54 Ja-Stimmen zusammen. Sie stammten von SP, EVP, AL und einzelnen Grünen. Die Mehrheit, 107 Parlamentarier von SVP, FDP, CVP, GLP, BDP, EDU und einigen Grünen, sagte Nein und versenkte damit den Vorstoss. Die Meinung geändert hat die GLP. Judith Bellaiche (Kilchberg) sagte, es gehe aus «liberaler Sicht» nicht an, die Firmen zu «Steuereintreibern» zu machen: «Für die Arbeitgeber entstünde ein Bürokratiemonster.»

Auch für die übrigen Gegner, zu denen der Regierungsrat zählt, war der grosse Aufwand das Kilbargument.

### Auch bei der Quellensteuer

«Es geht um den Kampf gegen die Verschuldung», sagte Initiant Feldmann, Stadtrat in Uster. Die PI sei zwar nicht perfekt, mache aber Sinn. Er berief sich bei dieser Einschätzung auf Schuldenberatungsstellen. Ausserdem komme der Staat so zu seinen ihm zustehenden Einnahmen. Der Mehraufwand werde aufgebauscht.

Parteikollege Thomas Marthaler (Zürich), früher selber Betriebsbeamteter, hält den Direktabzug für eine gute Sache. «Bei der Quellensteuer geht es ja auch», sagte er. Leute aus dem Ausland wunderten sich immer

wieder über die Schweizer, die den ganzen Lohn ausbezahlt erhalten, obwohl sie ihn teilweise gleich wieder für Steuern hergeben müssen. Marthaler zweifelt allerdings daran, ob die Freiwilligkeit ausreicht.

Die Gegner liessen keinen guten Faden an dem Vorhaben. Für Franco Albanese (SVP, Winterthur) hat die PI «eklatante Mängel», während der Nutzen nicht erkennbar bleibe. Wer knapp dran sei, könne ein Lastschriftverfahren einrichten, sagte René Isler (SVP, Winterthur). Das sei ebenfalls freiwillig. Hans-Jakob Boesch (FDP, Zürich) warnte vor massivem Mehraufwand der Steuerämter im Kanton Zürich. Diese müssten unter anderem bei der IT aufrüsten. Zudem sei es fraglich, ob notorische Nicht-

steuerzahler von der Möglichkeit des freiwilligen Abzugs überhaupt Gebrauch machen würden.

### Umfassendere Hilfe nötig

Auch Ruth Ackermann (CVP, Zürich) befürchtet, die Zielgruppe würde verfehlt: «Personen, die laufend Zahlungsschwierigkeiten haben, würden das System nicht nutzen.» Martin Neukom (Grüne, Winterthur) entgegnete, man müsse dieses eben als Standard einrichten, dann würden es mehr Leute ausprobieren. Ins Lager der Gegner reihte sich ein anderer Grüner ein, der als Betriebsbeamteter Erfahrung hat: Max Homberger (Grüne, Wetzikon): «Der Direktabzug greift zu kurz», sagte er. «Wer in der Tinte sitzt, braucht umfassendere Hilfe.»

Thomas Schraner

## Abfuhr für DaZ-Lehrkräfte

**KANTONS RAT** Das Zürcher Parlament will Lehrpersonen für Deutsch als Zweitsprache nicht zu kantonalen Angestellten machen.

Die rund 2000 Lehrpersonen für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) sind eigentlich ganz «normale» Lehrer. Sie verfügen über ein Klassenlehrdiplom sowie eine Zusatzausbildung, die sie zum Deutschunterricht für Flüchtlingskinder und Expat-Nachwuchs befähigt. Trotzdem sind sie nicht wie «normale» Lehrer beim Kanton angestellt, sondern bei den Gemeinden.

Weil viele von ihnen gleichzeitig in Regelklassen unterrichten, führt dies zu komplizierten Situationen: Sie arbeiten gleichzeitig für eine Gemeinde und den Kanton und müssen doppelt verwaltet werden. Probleme gibt es auch, weil Gemeinden und Kanton unterschiedliche Pensionskassen haben. Oft gebe es von Gemeinde zu Gemeinde auch unterschiedliche Löhne, moniert der Verband der DaZ-Lehrpersonen. Er fordert deshalb schon lange eine Anstellung durch den Kanton. Der Kantonsrat lehnte gestern aber eine entsprechende parlamentarische Initiative mit 99 zu 62 Stimmen ab.

### Unbürokratische Anstellung

Christoph Ziegler (GLP, Elgg), selber Lehrer, ist einer der Gegner der PI. «Es ist wichtig, dass DaZ-Lehrpersonen schnell und unbürokratisch angestellt werden können. Ich bin nicht sicher, ob das bei einer Kantonalisierung noch möglich wäre.» Auch weil dem Kanton Mehrkosten in Millionenhöhe entstehen würden, lehnte der Rat die PI ab. Der Kanton hätte sich an den DaZ-Löhnen beteiligen und für die Administration sechs neue Stellen schaffen müssen. Laut Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP) gebe es keinen Grund, den Gemeinden die Autonomie wegzunehmen. *sda*

# Vorkurse der Kunsthochschule bleiben teuer

**KANTONS RAT** Die Forderung nach einer Anpassung an die normalen Studiengebühren für Vorkurse an der ZHdK blieb ohne Chance.

Wer in Zürich ein Musik-, Tanz- oder gestalterisches Studium beginnen will, braucht nicht nur Talent. Eine Voraussetzung ist vielfach auch ein dickes Portemonnaie: Die halb- bis ganzjährigen Vorkurse an der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK), je nach Fach auch Propädeutikum oder Pre College genannt, kosten pro Jahr zwischen 8000 und 14000 Franken.

Und dabei dürfte es bleiben. Denn eine deutliche Mehrheit des Kantonsrats hat sich gestern dafür ausgesprochen, diese Praxis im Zürcher Fachhochschulgesetz zu verankern. Die Forderung von EVP, Grünen, SP und AL, wonach die Vorkursgebühren an die anschliessend fälligen normalen Studiengebühren in Höhe von rund 1500 Franken pro Jahr anzupassen seien, hatte keine Chance.

### Ein Präzedenzfall?

Die Vorkurse waren vor einigen Jahren aus Spargründen vom Kanton Zürich abgeschafft worden, wie Judith Stofer (AL, Zürich) in Erinnerung rief. Die 2007 durch die Fusion der Hochschule für Musik und Theater mit der Hochschule für Gestaltung und Kunst entstandene ZHdK führte sie aber wieder ein – jedoch nun zu kostendeckenden, massiv höheren Gebühren in der genannten Höhe. Diese Regelung soll jetzt im Zürcher Fachhochschulgesetz festgeschrieben werden.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich) sah darin einen gefährlichen Präzedenzfall: Auch andere Hochschulen, etwa die ETH, könnten auf die Idee kommen, Vorkurse mit höheren Gebühren einzuführen, warnte er.

Mit den Vorkursen stelle die ZHdK sicher, dass ihre künftigen Studierenden die nötigen Fähigkeiten mitbrächten. Faktisch stelle dies eine Vorselektion dar, wie sie dereinst auch für andere Hochschulen interessant werden könnte.



Die Vorkurse für Tanz, Gestaltung und Musik kosten bis zu 14000 Franken. Im Bild ein Auftritt von Contemporary-Dance-Studierenden.

Foto: Peter Schnetz

Zwar sind die aufs Studium vorbereitenden Kurse nicht obligatorisch. Auch andere Formen künstlerischer Vorbildung werden anerkannt. «Aber ohne Vorkurse ist es schwierig, an der ZHdK zum Bachelorstudium zugelassen zu werden», sagte Karin Fehr (Grüne, Uster). «Dass sie nicht zu normalen Kosten angeboten werden, stellt einen massiven Verstoß gegen die Chancengleichheit in der Bildung dar», gab Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) zu bedenken. Die von Mitte-links geforderte Senkung aufs normale Studiengebühreenniveau würde die ZHdK respektive den Kanton pro Jahr 1,5 Millionen Franken kosten,

rechnete er vor. Das wäre finanziell vertretbar.

Ins gleiche Horn stiess Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten). Die mit 21 Jahren jüngste Kantonsrätin sprach aus Erfahrung: «Ich habe den Vorkurs für 10 000 Franken gemacht.» Für angehende Kunststudierende, die nicht aus wohlhabenden Verhältnissen stammten, sei dies ein zusätzlicher Stolperstein auf dem Weg zum Studium.

### Vorkurse nicht zwingend

Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP) hielt dagegen: «Die Gebühren sind deutlich höher als die ordentlichen Studiengebühren», räumte sie ein. «Der Grund liegt

darin, dass die Vorkurse nicht zwingend zum Studium gehören.»

SVP, FDP, CVP, BDP, GLP und EDU hatte die Regierungsrätin auf ihrer Seite. Eine Senkung der Vorkurskosten würde die ZHdK viel kosten, die FDP sei daher dagegen, erklärte Sabine Wettstein (FDP, Uster). Fürs Verursacherprinzip sprach sich auch Hans Egli (EDU, Steinmaur) aus. Besonders für die angehenden Musikstudenten gehe es wegen der hohen Kosten für den Instrumentalunterricht ins Geld, sagte er – und fügte an: «Aber später können sie ja Stipendien beziehen.»

Mit 106 zu 61 Stimmen sprach sich der Kantonsrat dafür aus, die hohen Vorkursgebühren im

Fachhochschulgesetz festzuschreiben.

### Zusatzkosten für Auswärtige

Die gleiche bürgerliche Ratsmehrheit votierte gestern dafür, künftig Fachhochschulstudierende aus anderen Kantonen sowie aus dem Ausland stärker zur Kasse zu bitten. Davon nicht betroffen sind Studierende, deren Wohnsitzkanton mit dem Kanton Zürich eine Vereinbarung über die Beteiligung an den Hochschulkosten abgeschlossen hat.

Die Änderungen am Fachhochschulgesetz sind noch nicht definitiv. Die Schlussabstimmung findet voraussichtlich in vier Wochen statt. *Matthias Scharrer*

## Chefbeamter räumt Posten

**DIFFERENZEN** Baudirektor Markus Kägi (SVP) und Kantonsbaumeister Matthias Haag beenden ihre Zusammenarbeit. Aufgrund unterschiedlicher Haltungen in Organisations- und Führungsfragen verlasse Haag den Posten, teilte die Baudirektion gestern mit. Die interimistische Leitung des Hochbauamts übernimmt der stellvertretende Chef Christoph Rothenhöfer. *sda*

## SVP hat neuen Fraktionschef

**KANTONS RAT** Der SVP-Fraktion im Kantonsrat steht neu Martin Hübscher vor. Der Landwirt aus Bertschikon (Gemeinde Wiesendangen) tritt die Nachfolge von Jürg Trachsel an, der kürzlich zum neuen kantonalen Ombudsmann gewählt wurde. *sda*